



Landtagsmehrheit gegen detaillierte Offenlegung

Mit der Ablehnung des LINKE-Gesetzentwurfs sind auch die Karenzzeiten vom Tisch

Trotz zahlreicher Stellungnahmen von Antilobby-Organisationen wie Transparency und Fachleuten wie dem Verfassungsrechtler Prof Morlok in der Anhörung des Justizausschusses, die sich für ein Modell der Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Abgeordneten auf Euro und Cent aussprechen, wurde der LINKE-Gesetzentwurf abgelehnt.

Die CDU/SPD-Koalition hatte nach Einbringung der LINKE-Initiative mit einem eigenen Entwurf geantwortet. Der öffentliche Druck war offensichtlich zu groß, um im Nichtstun zu verharren.

Der nun beschlossene Koalitionsentwurf überträgt im Großen und Ganzen die für den Bundestag geltenden gesetzlichen Regelungen auf Thüringen. Damit wird es eine Offenlegung in Einkommensstufen, aber nicht auf genaue Euro-Beträge geben. Obwohl zahlreiche Anzuhörende darauf hingewiesen haben, dass das im Bundestag praktizierte Stufenmodell sich als „verwirrend“ erwiesen hat und „mehr Fragen aufwirft als beantwortet“ und „das ‚auf Euro- und Cent-Modell‘ den demokratischen Transparenzanforderungen tatsächlich gerecht wird“, ließ sich die Koalition nicht zum Umdenken bewegen.

Es half auch nicht, dass der Thüringer Datenschutzbeauftragte dem weitergehenden Gesetzentwurf der LINKE - eingeschlossen Offenlegung von Auftraggebern und Firmenbeteiligungen bei Wahrung des beruflichen Ver-

schwiegenheitsschutzes von Rechtsanwälten und Ärzten - bescheinigt, mit allen datenschutzrechtlichen und (verfassungs-)rechtlichen Vorschriften vereinbar zu sein.

Mehrere Anzuhörende, darunter der Jenaer Rechtswissenschaftler Prof. Brenner, haben bestätigt, es sei nicht belastbar zu belegen, dass ein solches weitergehendes Offenlegungsmodell Menschen aus dem Bereich der selbständigen oder freien Berufe abhalten würde, ein Mandat zu übernehmen. Befürchtungen von CDU und FDP entbehren daher jeder Grundlage.

Auch Bewegung bei „politischen Beamten“?

Die „weichgespülte“ Stufen-Lösung ist zwar nach Einschätzung von Knut Korschewskys „ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht wirklich das, was in Sachen Transparenz und Glaubwürdigkeit sinnvoll und notwendig ist“. Die Regelung im LINKE-Gesetz zu Karenzzeiten im Ministergesetz findet sich im Koalitionsentwurf nicht. So gab es im Landtag scharfe Kritik der Linksfraktion an der Ablehnung von Karenzzeiten für Minister nach Ausscheiden aus dem Amt und vor einem Wechsel in Tätigkeiten, die im Zusammenhang zur früheren Ministerfunktion stehen. Nicht erst die Bundes-Debatte hat deutlich gemacht, wie wichtig dieses Instrument für Transparenz und Antilobby-Arbeit ist. „Besonders pikant dabei, dass die Koalitionsabgeordnete

ten die aktuelle Debatte und das Einlenken der Koalition in Berlin zu gesetzlichen Karenzzeiten völlig missachten“, so Knut Korschewsky. Der LINKE-Politiker stellte im Plenum auch eine Mündliche Anfrage an die Landesregierung zur Einführung von Karenzzeiten und dem Umgang mit dem Thema „politische Beamte“ und ihre vorgezogenen Versorgungsbezüge. Ein LINKE-Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser speziellen Beamtenkategorie hatte der Landtag kürzlich abgelehnt.

Die Landesregierung antwortete, dass doch die Regelungen zur Genehmigung von Neben- und Anschluss-tätigkeiten - die allerdings nur für „normale“ Beamte gelten, nicht für Minister - ausreichend seien. Zu politischen Beamten habe sie entgegen der Darstellung der LINKEN keine Zusage für eigene Initiativen gemacht, sondern nur eine Prüfung in Aussicht gestellt. Tags darauf wird in der TLZ Vize-Ministerpräsident Matschie zitiert: „Die SPD-Seite möchte die politischen Beamten auf den Kreis der Staatssekretäre konzentrieren.“ Die CDU blockiere die Reform-Novelle, so sei aus SPD-Reihen zu hören, berichtete die Zeitung.

Eines wird in der bisherigen Debatte deutlich: „Hätte die LINKE nicht im November 2012 ihren Gesetzentwurf vorgelegt, hätte sich die CDU/SPD-Koalition von alleine nicht bewegt - also, links wirkt doch“, so Korschewsky in der Plenardebatte. Auch beim Thema politische Beamte gibt es dafür Anzeichen. *Sandra Steck* ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Die Verjährung

Die von der Landesregierung beabsichtigte Neuregelung bei der rückwirkenden Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen lehnt die LINKE ab. Die öffentliche Anhörung im Innenausschuss hat verdeutlicht, dass hier ausschließlich die Einnahmeinteressen der Kommunen und Zweckverbände Berücksichtigung finden sollen, die berechtigten Interessen der Bürger hingegen nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat eine unbefristete Rückwirkung bei der Erhebung von Beiträgen für verfassungswidrig erklärt. Die Landesregierung will nun die Rückwirkung auf zwölf Jahre begrenzen, aber erst ab 2021. Bis dahin bleibt es bei einer Rückwirkung bis 1991 - eine völlige Fehlinterpretation des Urteils.

Die Verjährung ist im Rechtsstaat ein hohes Gut und sie muss auch im Abgabenrecht gelten. Wenn schon die Bürger über Beiträge direkt an der Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen und Abwassereinrichtungen beteiligt werden sollen, was die LINKE kritisch sieht, muss dies vor Investitionsbeginn geklärt werden. Erst investieren und Jahre später die Kostenbeteiligung der Bürger klären, ist unzeitgemäßes Verwaltungshandeln. Der Landtag muss sich eindeutig positionieren. Bundesweit gilt die Verjährungsregelung von vier Jahren. Es gibt keine akzeptablen Gründe, diese Frist in Thüringen erheblich zu verlängern. Die LINKE bringt dazu Änderungsanträge ein.

Das laufende Gesetzgebungsverfahren macht deutlich, dass auch nach mehr als 20 Jahren keine rechtssichere Erhebung der Straßenausbaubeiträge möglich erscheint. Dies bestätigt die Forderung der LINKEN nach Abschaffung dieser Beiträge. Um nicht die Kommunen und das Land zusätzlich finanziell zu belasten, haben wir das Modell der Infrastrukturabgabe als Alternative vorgelegt. Die Erfahrungen im Bereich der Wasserversorgung, wo bekanntlich 2004 die Beiträge abgeschafft wurden, zeigen, dass die Finanzierung von Investitionen ausschließlich über Gebühren auf hohe Akzeptanz stößt und keine Kostenexplosion eintritt.

Auch beim Abwasser gibt es in Thüringen zahlreiche Aufgabenträger, die ohne Beitragserhebung ihre Investitionen finanzieren. Die LINKE hält deshalb die Diskussion über die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge weiterhin für aktuell und notwendig. ■

AKTUELL

Runder Tisch zur Flüchtlingsaufnahme

„Die Menschenrechtssituation in vielen Ländern und die anhaltenden Kriege sowie die existenziell bedrohliche Diskriminierung der Roma in Staaten der westlichen Balkanhalbinsel werden auch in Zukunft dazu führen, dass Thüringen in der Verantwortung steht, Flüchtlinge humanitär aufzunehmen“, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger.

Gleichzeitig aber warnte sie davor, die Aufnahme von jährlich etwa 3.000 Flüchtlingen als Belastung zu sehen oder mit Vokabeln zu dramatisieren, die, wie etwa „Zustrom“ oder „Flut“, ansonsten nur Naturkatastrophen beschreiben und damit rassistische Einstellungen und xenophobe Ressentiments bedienen. „Die in den vergangenen Jahren extrem niedrige

Aufnahmequote von Flüchtlingen führt in der Tat nunmehr zu Kapazitätsproblemen bei der Landesaufnahme. Aber auch die Landkreise und kreisfreien Städte sind unzureichend vorbereitet, schnell für die aus menschenunwürdigen Bedingungen Geflüchteten eine humanitäre Aufnahme sicherzustellen.

Unser Primat ist eindeutig. Wir brauchen in Thüringen eine kurzzeitige Erstaufnahme, die soziale und gesellschaftliche Integrationsleistungen bietet, wie etwa Sprachunterricht, und nachfolgend eine dezentrale Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer an den Bedarfen und Bedürfnissen der Flüchtlinge ausgerichteten sozialen Beratung und Betreuung“, betonte Sabine Berninger. „Wir schlagen deshalb dem Thüringer Innenminister vor, schnellstmöglich ei-

nen Runden Tisch zur Flüchtlingsaufnahme in Thüringen zu schaffen. Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und die Kommunen sollen gemeinsam ein Konzept erarbeiten. Die aktionistische Suche nach größtmöglichen Gebäuden muss beendet und ein zukunftsfähiges Konzept zur humanitären Aufnahme von Geflüchteten in Thüringen umgesetzt werden“, begründete die LINKE Politikerin ihren Vorschlag.

Sabine Berninger stellte in diesem Zusammenhang richtig, dass nicht sie die Mühlhäuser Görmar-Kaserne als Landeserstaufnahmestelle „ins Spiel“ gebracht habe, wie das in Zeitungen berichtet wurde, sondern der Innenminister. Sie habe diesen Vorschlag lediglich kommentiert und bewertet. ■

KURZ UND PRÄGNANT



Juden galten in adligen Kreisen oft als „Fremdrassige“, die die adlige „Blutreinheit“ bedrohten. Auf den Schlössern und Rittergütern hatten Juden bis 1945 nichts verloren. Sie trugen vermeintlich Schuld an Revolutionen, an Kriegsniederlagen, am Sturz der Monarchie und an der Errichtung der Weimarer Republik. Der Hass auf die Juden wurde schließlich „von allen moralischen Skrupeln befreit“. Jutta Dittfurth erzählt die bewegte Geschichte ihres Urgroßvaters Börries Freiherr von Münchhausen. Sein engster Freund war um 1900 der Künstler Ephraim Moses Lilien – bis Münchhausen zum glühenden Antisemiten wurde.

Zu den „Lesungen aus einer Reise in die Familiengeschichte“ mit Jutta Dittfurth laden die Linksfraktion im Thüringer Landtag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein.

Saalfeld: Mittwoch, 5. Februar, 19:00 Uhr, Wahlkreisbüro Haskala, Saalstraße 38

Jena: Donnerstag, 6. Februar, 19:00 Uhr, JG-Stadtmitte Jena, Johannisstraße 14

Windischleuba: Freitag, 7. Februar, 19:00 Uhr, Jugendherberge „Schloss Windischleuba“, Pestalozzieplatz. ■

Zwei Frauen im Schatten eines Genies

Jenny und Eleanor Marx stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung, zu der die LINKE-Landtagsfraktion und die Erfurter Brennesel - Zentrum gegen Gewalt an Frauen – am Mittwoch, den 12. Februar, 18 Uhr, ins Haus Dacheröden, Erfurt, Anger 37, einladen. Ein fiktives Gespräch zwischen Mutter und Tochter zum 200. Geburtstag von Jenny Marx wird „kommentiert“ von Gisela Gulu, Journalistin, Claudia Tesorino, Saxophonistin, Beatrice Bergner, Schauspielerin. Ohne diese beiden Frauen und ihre unermüdliche Mitarbeit hätte Karl Marx niemals der sein können, der er war. Ihre Leistungen sind darüber fast in Vergessenheit geraten. ■

Gegen Rassismus und Antisemitismus

Mahnende Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag

Mit Kranzniederlegungen, Gedenkveranstaltungen und Zeitzeugengesprächen wurde am 27. Januar in allen Regionen Thüringens der Opfer der NS-Gewaltherrschaft gedacht. Nach der Gedenkstunde im Thüringer Landtag, auf der Éva Puztai, Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, die Gedenkrede hielt, fand eine Kranzniederlegung auf dem Appellplatz in der Gedenkstätte Buchenwald statt (s.Foto).

„Es bleibt dauerhaft ein unverzichtbarer Teil der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung in der Bundesrepublik, an alle durch den deutschen Nationalsozialismus getöteten und in den Lagern fabrikmäßig ermordeten Menschen zu erinnern und mahnend unsere Stimme zu erheben, wenn sich nur im Ansatz menschenverachtende Einstellungen und Denkmechanismen breit machen“, hatte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, erklärt, der an der zentralen Gedenkveranstaltung des Thüringer Landtags und der Thüringer Landesregierung teilgenommen hatte. „Wir werden jedem Nationalchauvinismus, jeder rassistischen und antisemitischen Ausgrenzung begegnen und jeder vermeintlichen Logik widersprechen, die die Anwendung militärischer Gewalt versucht zu legitimieren“, so der Landespolitiker.

Besonders notwendig ist nach Ansicht Bodo Ramelows auf die besorgniserregenden und erschreckenden Zustimmungswerte zu antisemitischen Einstellungen und antiziganistischen

Debattenbeiträgen zu reagieren.

„Die Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden und auch der Roma durch den Nationalsozialismus muss uns insbesondere sensibilisieren, gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Religion oder ethnischen Zugehörigkeit entschieden vorzugehen und ihnen Schutz vor Diskriminierung und im Falle der Roma vor existenziell bedrohlichen Lebensbedingungen konkret zu bieten.“

Warnung vor Etablierung neonazistischer Zentren

Die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König, hat vor der Etablierung neonazistischer Zentren gewarnt. Begleitet von Bürgerprotesten, zu denen auch die LINKE aufgerufen hatte, war am 25. Januar in der Kammwegklausen in Erfurt mit Udo Voigt, dem NPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, ein Vertreter des Schulterschlusses zwischen der neonazistischen Partei und der freien militanten Neonaziszene aufgetreten. „Wenn damit zugleich ein NPD-Bürgerbüro als Dauertreffpunkt der freien Kameradschaftsszene in Erfurt eröffnet werden soll, kann dies als



Versuch der NPD verstanden werden, sich für das Wahljahr 2014 in Stellung zu bringen. Es darf nicht zur Normalität gehören, wenn sich neonazistische Ideologie in öffentlichen und gesellschaftlichen Räumen ausbreitet“, so Katharina König.

Zwar darf angenommen werden, dass die Ankündigungen der NPD, mit einer 'Materialschlacht' im Wahljahr um Stimmen zu werben, im Moment nicht den tatsächlichen Möglichkeiten der Partei entsprechen. Die Wahlen in Thüringen werden aber mit über die politische Zukunft der NPD entscheiden.

Es ist davon auszugehen, dass die NPD alles versuchen wird, sich in kommunalen Vertretungen zu etablieren und viel für einen Einzug in den Landtag investiert. „Es liegt an einer engagierten Öffentlichkeit, sich menschenverachtenden Einstellungen und deren Protagonisten zu widersetzen“, so Katharina König.

Foto: Wolfgang Albold ■

„Die Würde des Menschen... - Stéphane Hessel“



In einer denkwürdigen Atmosphäre und ganz im Sinne von Stéphane Hessel wurde im Thüringer Landtag gemeinsam mit Schülern der Regelschule „Johann Wolfgang von Goethe“ aus Schleiz - sie rezitierten Lieblings-Gedichte von Hessel und musizierten, wie auch Schüler des Musikgymnasiums Belvedere aus Weimar - die Fotoausstellung „Die Würde des Menschen... - Stéphane Hessel“ eröffnet.

Die Wanderausstellung der Maria Pawlowna Gesellschaft zeigt Fotogra-

fien von Britta Rost. Dabei bildete die Schau mit den Porträtaufnahmen von Stéphane Hessel den Auftakt zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag. „Die Ausstellung erinnert an einen

Mann, der dem Tod im Konzentrationslager Buchenwald nur knapp entging und der nach dem Krieg sein Leben dem Kampf für die Menschlichkeit widmete. Im Leben des vor elf Monaten verstorbenen Résistance-Kämpfers Stéphane Hessel spiegelt sich ein Stück Menschheitsgeschichte wider“, hatte Landtagspräsidentin Birgit Diezel betont.

Sein lebenslanges Engagement – Hessels Streitschrift ‚Empört Euch!‘ aus dem Jahr 2010 wurde zum Bestsel-

ler – und seine außergewöhnlichen Verdienste um die Förderung einer Kultur der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und Würde haben ihm in vielen Ländern dieser Erde hohe Anerkennung zuteil werden lassen. Die Landtagspräsidentin dankte der Maria Pawlowna Gesellschaft und besonders Wolfgang Knappe, Kurator der Ausstellung, der seit 1996 Stéphane Hessel immer wieder nach Thüringen und vor allem auch nach Schloss Kromsdorf geholt hatte, wo er über Menschenwürde und Demokratie, europäische Kultur und Politik sprach.

Einige dieser Begegnungen wurden von der Fotografin Britta Rost dokumentiert. Ihre Bilder sind in der Wanderausstellung zusammengefasst, die unter anderem schon in Paris zu sehen war. Im Thüringer Landtag ist sie bis zum 10. Februar werktags von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr zu besichtigen (am Wochenende nach telefonischer Vereinbarung unter 0361/37 72005). Der Eintritt ist frei. ■

Verbindungen zwischen Rockern und Neonazis

Katharina König: Dieser gefährlichen Entwicklung endlich konsequent entgegenwirken

Verbindungen „zwischen kriminellen Rockergruppierungen und Neonazis sind kein neues Phänomen, sondern lassen sich an regionalen Schwerpunkten in Thüringen schon seit Jahren beobachten“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion und Mitglied des Innenausschusses. Sie verweist dazu auf Antworten der Landesregierung auf parlamentarische Anfragen der Linksfraktion zu diesem Thema.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE sollte am 17. Januar im Innenausschuss des Landtags über die Verbindungen des Rockerclubs „Gremium MC“ zur organisierten Kriminalität bzw. in die rechte Szene beraten werden. Dieser Tagesordnungspunkt konnte jedoch in der Sitzung nicht mehr aufgerufen werden.

Für die Linksfraktion ist Anlass der notwendigen Beratung im Innenausschuss der Austritt des Nordhäuser Landesvorstandsmitglieds Roy Elbert aus der NPD und dessen neue Aktivitäten im Zusammenhang mit der Rockergruppierung „Gremium MC“.

„In der Vergangenheit schlossen sich Thüringer Neonazis mit dem vermeintlichen Ende ihrer politischen Aktivitäten in zahlreichen Fällen gewalttätigen Rockergruppen oder anderen Strukturen der organisierten Kriminalität an“, konstatierte Katharina König.

Ein Schwerpunkt ist Saalfeld

Die Abgeordnete der Linksfraktion verwies dabei unter anderem auf die beiden ehemaligen Anführer des NPD-Kreisverbandes Weimar, die in jeweils miteinander verfeindeten Rockergruppen, für den „Hells Angels“ nahestehenden „Garde 81“ und den „Bandidos“, aufgingen. Aber auch anderswo bestehen Schnittmengen, so seien etwa im April 2012 im Klubhaus des „Un-

derdogs MC“ in Nohra, in dem sich auch ein Erfurter Fußballfanclub trifft, zwei Reichskriegsflaggen und kleine Hakenkreuze entdeckt worden.

Außerdem liegen der Abgeordneten der Linksfraktion Hinweise zu einzelnen Überschneidungen zwischen rechter Szene und dem Umfeld des „Stahlpakt MC“ in Thüringen vor. Darüber hinaus waren mindestens zwei Thüringer Aktivisten des mittlerweile verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ bzw. von dessen Jugendorganisation in kriminellen Rockergruppen aktiv.

„Einen kontinuierlichen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit zwischen Rockern und Neonazis bildet jedoch seit mehreren Jahren die Stadt Saalfeld“, erklärte Katharina König. Im ehemaligen Clubhaus des Hells Angels-Supporter Clubs „Red Devils“, dem so genannten „Alten Labor“, wurden in den letzten Jahren immer wieder Neonazi-Konzerte organisiert und die Verbindungen mit Rockern offensichtlich.

Massive Unterstützung für inhaftierten Wohlleben

„Einer der maßgeblichen Initiatoren für diese Konzerte im Rockerclub ist engster Vertrauter des derzeit in München angeklagten mutmaßlichen NSU-Helfers Ralf Wohlleben“, berichtete die Abgeordnete weiter. Der verantwortliche Neonazi und NPD-Direktkandidat zur Landtagswahl 2009, Steffen Richter, ist nicht nur im Musiksektor aktiv, sondern treibt auch massiv die Unterstützungsaktionen für den inhaftierten Wohlleben voran, soll dessen Interessen in der Szene vertreten und wurde zwischenzeitlich verdächtigt, Post an Kontrollwegen vorbei zu Wohlleben ins Gefängnis zu schmuggeln.

Erst im März 2012 organisierte er ein „Solikonzert“ für Wohlleben im ehemaligen Rockertreff in Saalfeld,

welches zwar verhindert werden konnte, aber zwei spontane Aufmärsche der Szene zur Folge hatte. Ralf Wohlleben selbst war erst wenige Tage vor seiner Verhaftung im November 2011 zu einem Szene-Treffen in das „Alte Labor“ nach Saalfeld gereist. Im Januar 2013 sollte dort eine erneute Musikveranstaltung stattfinden, 130 Personen reisten zur Eröffnungsfeier eines neuen Rocker-Treffs „Riders Pub“ an.

Unter den Gästen waren zahlreiche Rocker aus dem „Hells Angels“-Umfeld und diverse Neonazis aus Thüringen - von ehemaligen Akteuren des „Thüringer Heimatschutzes“ bis hin zum „Freien Netz Saalfeld“.

Zusammenarbeit beider Milieus verdichtet sich immer weiter

Mittlerweile ist dort maßgeblich der „Hells Angels“-Supporter Club „Blood Red Section Saalfeld“ aktiv. Im Oktober 2013 spießte dann eine weitere Gruppe aus diesem Umfeld zumindest virtuell hervor: Ein „Blutorden Saalfeld“, benannt nach einer ehemaligen Rechtsrockband aus der Saale-Region. Auf Facebook präsentierte man sich zunächst ganz unverblümt mit Hakenkreuzen, „Schwarzer Sonne“ und „SS-Runen“. 50 Neonazis und Rocker aus dem Umfeld des „Alten Labors“ haben sich mit der Gruppe verknüpft, unter ihnen aber auch ein NPD-Spitzenfunktionär: Das Landesvorstandsmitglied Patrick Weber.

„Dass Rocker und Neonazis mitunter gemeinsame Sache machen, ist nicht neu. Vielmehr verdichtet sich diese seit Jahren bestehende Zusammenarbeit beider Milieus immer weiter“, so Katharina König. „Dieser gefährlichen Entwicklung gilt es, endlich konsequent entgegen zu wirken“, lautet die Forderung der Sprecherin der LINKEN für Antifaschismus.

VON A BIS Z:

Krankenhäuser

„Die Ergebnisse des AOK-Krankenhausreports 2014 zeigen, dass es auch in Thüringer Krankenhäusern Defizite bei der Sicherheit der Patienten gibt. Diesen müsse über Regelungen in der Novelle des Thüringer Krankenhausgesetzes begegnet werden“, hatte MdL Jörg Kubitzki gefordert.

Bei jeder hundertsten Krankenhausbehandlung passiere ein Behandlungsfehler. Die Beschwerden seien vielfältig, aber auch so gravierend, dass sich die Patienten zusätzlich im Krankenhaus mit Infektionen ansteckten oder falsche Medikamente bekamen. „Diese Sicherheitsmängel und der Report bestätigen, dass der gesetzliche Rahmen zeitnah vorgegeben werden muss, wie die Qualitätskriterien zur personellen und materiellen Mindestausstattung von Fachabteilungen aussehen müssen. Nowendig sind Festlegungen zur personellen Mindestausstattung der Abteilungen mit Fachkräften und externe Qualitätskontrollen“, betonte Jörg Kubitzki. Zudem müssten auch weiterhin Regelungen zur Hygiene mit Verweis auf die Thüringer Hygieneverordnung im Gesetz zu finden sein.“

Nach einer umfangreichen Anhörung wurde das Thüringer Krankenhausgesetz am 23. Januar im Landtag verabschiedet. Die Linksfraktion hatte die Landesregierung aufgefordert, bis zum 31.12.2014 eine Rechtsverordnung zu erlassen, die Qualitätskriterien in den Krankenhäusern im Sinne der Sicherheit der Patienten in Thüringen festlegt. In der nächsten Ausgabe dazu mehr. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 26. bis 28. Februar statt.

Demokratie-Tagung:

Eine weitere Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und Grünen zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ findet am Dienstag, den 4. März, von 14 bis 19 Uhr im Landtag statt. Thema: „Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin - Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“. In der nächsten Ausgabe ausführlichere Informationen.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Suhl

Im Oktober gab es auf Initiative der Sühler LINKEN ein sehr interessantes Stadtgespräch mit Dr. Ralph Richter von der TU Darmstadt sowie Studenten der Bauhaus-Uni Weimar. Sie waren daraufhin gezielt unterwegs, um Vereine, Verbände, politische Parteien und vor allem Sühler Bürger nach ihrer Sicht auf ihre Stadt zu befragen. Die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit wollen die Studenten nun in einer Abschlusspräsentation öffentlich vorstellen und diskutieren über die weitere Entwicklung von Suhl auf der Suche nach „Image und Identität der Stadt“. Das Wahlkreisbüro von MdL Ina Leukefeld lädt dazu ein am Dienstag, den 4. Februar, 18.00 Uhr, im Saal „Kaluga“ des CCS Suhl. ■

V-Person

„Wir prüfen Hinweise, wonach ein weiterer ehemaliger militanter Neonazi, der sich in Thüringen aufhält, als Vertrauensperson beim Berliner Landeskriminalamt geführt wurde“, so MdL Katharina König. „Sollten die Vorwürfe zutreffen, wonach der ehemalige Neonazi vor ca. zwei Monaten in Pöbneck durch Berliner LKA-Beamte aufgesucht und ihm gedroht wurde, nicht zu einem Brandenburger Verfassungsschutz-Spitzel vor einem NSU-Untersuchungsausschuss auszusagen, dann wäre dies ein weiterer Skandal in der Reihe von staatlichen Vertuschungsversuchen beim NSU-Komplex“, betonte die LINKE-Abgeordnete und forderte die Thüringer Sicherheitsbehörden zur Aufklärung auf. ■

Verschlüsselung

DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert eine aktive Werbung öffentlicher Stellen für eine Verbreitung von Verschlüsselungstechniken zum Schutz vor Ausspähung. So sollen auf Webseiten der Landesregierung auf verschlüsselte Kommunikation hingewiesen, diese erklärt und Downloaddlinks angeboten werden. „Das ist momentan die einzige Möglichkeit eines aktiven Schutzes vor Ausspähung“, so MdL Katharina König. Dies ersetze jedoch nicht die Verantwortung der Zuständigen, die dafür sorgen müssten, dass die Überwachung jeglicher Kommunikation durch Geheimdienste gestoppt wird. „Den Staat darf nicht mal interessieren, dass ich nichts zu verbergen habe“, betonte die Abgeordnete. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Ein Wahlgeschenk

„Ziel des kommunalen Hilfspaketes muss es sein, die Finanzkraft der Kommunen im Freistaat dauerhaft zu stärken“, so MdL Frank Kuschel. Der Gesetzentwurf der Koalition sei lediglich ein Wahlgeschenk, das keine nachhaltige Wirkung habe. Der vorgesehene Verteilungsmaßstab orientiere sich ausschließlich an der Bevölkerungsentwicklung und lasse die Finanzkraft der Kommunen unberücksichtigt. Ein Großteil der Gelder soll in einem intransparenten Verfahren als so genannte Bedarfsszuweisungen ausgereicht werden. Nach Vorstellungen der LINKEN sollen die Schlüsselzuweisungen um 56 Millionen Euro aufgestockt und weitere 40 Millionen als Investitionspauschale ausbezahlt werden.

Dadurch könnten auch die Kommunen investieren, die über keinen Haushalt verfügen. „Damit werden ihre finanzielle Handlungsfähigkeit gesichert und Perspektiven im Rahmen von Strukturveränderungen eröffnet, um die kommunale Leistungskraft zu erhöhen“, betont der Abgeordnete. Eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Landschaft in Thüringen werde allerdings erst mit einer Funktional- und Verwaltungsreform erzielt. ■

Gesetze auf Prüfstand

Zur Forderung des Thüringer Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Lutz Hasse, auch Ordnungswidrigkeiten seines Zuständigkeitsbereichs in Behörden verfolgen zu können, erklärt Sabine Berninger für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Damit auch in Behörden der Datenschutz das Gewicht erhält, das ihm zusteht, bedarf es auch hierfür probater Mittel. Es kann nicht sein, dass der Landesbeauftragte zwar Verstöße gegen den Datenschutz feststellt, diese aber nicht ahnden kann. Die Verfolgung solcher Verstöße darf nicht abhängig sein von der Auffassung der jeweiligen Aufsichtsbehörde. Das ist ein Unding.“

Für die LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag ist das Anliegen des Landesbeauftragten für Datenschutz begründet und nachzuvollziehen. Sabine Berninger verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in der noch in diesem Jahr beginnenden nächsten Wahlperiode des Thüringer Landtags „eine Reihe von Gesetzen auf dem Prüfstand stehen werden. Darunter werden mit Sicherheit auch die Gesetze für Datenschutz und Informationsfreiheit in Thüringen sein, die unter anderen Mehrheitsverhältnissen endlich modernisiert und weiterentwickelt werden müssen.“

Zinsen für Dispo- und Verbraucherkredite

Im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags Gesetzentwurf der Linksfraktion

Bitte mitmachen und kommentieren: Zurzeit befindet sich der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes vom 13.11.2013 (Drucksache 5/6876) in der parlamentarischen Diskussion. Ziel der Linksfraktion ist die Begrenzung der zum Teil unverschämten hohen Dispo- und Überziehungszinsen.

Bis zum 2. März 2014 haben die Thüringer Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags zu dem Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes zu äußern.

Mehrfach hatte die LINKE das Thema bereits im Landtag zur Diskussion gestellt. „Und dabei haben wir betont, dass besonders Familien mit Kindern und Alleinstehende diese Dispositionskredite in Anspruch nehmen müssen, und genau auf sie zielt unser Antrag“, so die verbraucherpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Diana Skibbe, die erklärte, wie wichtig es ist, die Sparkassenkunden bei der Inanspruchnahme

von Dispositionskrediten bzw. gulderten Kontoüberziehungen spürbar zu entlasten. Immerhin werden durch die Sparkassen Thüringens Dispozinsen gefordert, die durchschnittlich über zehn Prozent liegen. Noch ärger trifft es die Verbraucher bei den Überziehungszinsen; hier werden über 16 Prozent verlangt.

Wenn man berücksichtigt, dass nach der Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen gerade Arbeitslose, Alleinerziehende, Selbständige und Paare mit Kindern Dispositionskredite in Anspruch nehmen, wird die soziale Brisanz dieser Praxis deutlich.

Noch einen weiteren Aspekt gilt es zu berücksichtigen. Der Leitzinssatz, zu dem sich die Banken Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) leihen, beträgt 0,25 Prozent. Der Basiszinssatz liegt aktuell sogar bei Minus 0,63 Prozent.

Die LINKE hat in ihrem Gesetzentwurf eingearbeitet, dass der Zinssatz für Überziehungskredite höchstens fünf Prozent über dem Basiszinssatz liegt. „Mit dieser Begrenzung der Zinshöhe wollen wir also ein weiteres unberechtigtes Schröpfen der Verbrau-

cherinnen und Verbraucher verhindern. Und wir rufen auf, die Möglichkeit der Online-Diskussion unseres Gesetzentwurfs rege und zahlreich aus Verbraucher-Sicht zu nutzen. Dies würde unsere Position im Haushalts- und Finanzausschuss enorm stützen“, unterstrich Diana Skibbe.

Das Online-Forum ist zu finden unter: www.forum-landtag.thueringen.de. Auf der sich öffnenden Seite ist unten links unter Zinsen für Dispositions- und Verbraucherkredite bei den Thüringer Sparkassen der LINKE-Gesetzentwurf zu finden. Wenn dieser angeklickt wird, öffnet sich eine weitere Seite, auf der die Bürgerinnen und Bürger zu den konkreten Fragen des Ausschusses Stellung beziehen können.

Es gilt also, die verbleibende Zeit bis zum 2. März die Online-Diskussion zu führen und den Gesetzentwurf zu unterstützen.

<https://forum-landtag.thueringen.de/dokument/zinsen-fuer-dispositions-und-verbraucherkredite-bei-thueringer-sparkassen> ■

Eindampfverfahren für Kali-Lauge

Einen Stopp der Versenkung von Kali-Abwässern durch den Konzern Kali+Salz (K+S) und eine umgehende Prüfung des Eindampfverfahrens als sinnvolle, wertstoffgewinnende und wesentlich kostengünstigere Alternative zum Bau einer Entsorgungspipeline zur Nordsee forderten auf einer Pressekonferenz im Landtag in Erfurt am

bezüglich der Versalzung der Werra durch die Kali-Industrie erneuert hatte und dabei besonders auf die Abwasser-Versenkung und den Umgang mit der von der Anrainerkonferenz vorgeschlagenen Eindampfanlage Bezug nahm.

Die enormen Umweltprobleme u.a. durch die starke Salzbelastung von



20. Januar Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, und Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Damit wäre auch eine nachhaltige Arbeitsplatzsicherung verbunden, wurde übereinstimmend festgestellt.

Als einen großen Erfolg bezeichnete Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, das Schreiben der EU-Kommission vom 11. Dezember 2013, in dem diese ihre Kritik an der Bundesrepublik Deutschland

Werra und Weser auf mehr als 500 Kilometern müssen endlich wirksam angegangen werden, der Konzern K+S, der nun schon jahrelang europäische Umweltgesetzgebung ignoriere, müsse endlich handeln.

An der Pressekonferenz hatten auch Klaus Reinhardt, Vorsitzender der „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal“, Ulf Frank, Leiter der Gemeindewerke Gerstungen, und Reinhard Karol, Präsident des Verbandes für Angeln und Naturschutz Thüringen e.V., teilgenommen. ■

Arbeitslosenparlament

Mit seiner Sitzung am 18. Februar im Landtag begehrt das Thüringer Arbeitslosenparlament sein 15jähriges Bestehen. Das Arbeitslosenparlament kümmert sich vor allem um das Schicksal und die Zukunft der Langzeitarbeitslosen im Land und fordert, ihnen nicht nur eine Chance zu geben. Für die älteren Menschen ab dem 50. Lebensjahr fordert das Arbeitslosenparlament ähnlich wie vor 15 Jahren ein spezielles Landesprogramm „50plus“. „Solch ein Programm ist angesichts eines gestiegenen Renteneintrittsalters ab 67 Jahre noch wichtiger als vor 15 Jahren“, sagte Ingrid Schindler von der Arbeitsloseninitiative.

Wie es in einer Presseinformation weiter heißt, „haben die Organisatoren des Arbeitslosenparlaments mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass es die Fraktionen der CDU und der FDP erneut abgelehnt haben, durch ihre Beteiligung an der Einladung des Arbeitslosenparlaments in den Landtag, die 34. Sitzung zu unterstützen. Unterstützung erhält das Thüringer Arbeitslosenparlament durch die Fraktionen der Partei Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Grüne (...) Die Teilnehmer des Arbeitslosenparlaments werden für die im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine zur Landtagswahl beraten und beschließen“.

Die 35. Sitzung des Thüringer Arbeitslosenparlaments ist für den 2. September 2014, wenige Tage vor den Landtagswahlen, geplant. ■

DAS THEMA

Agrargenossenschaften als Zukunftsmodelle?!

Von Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion

Am Beispiel der Agrar- und Dienstleistungsgenossenschaft Geroda (Saale-Orla-Kreis), wie auch anderen Agrargenossenschaften in Thüringen, lässt sich hinterfragen, inwieweit Agrargenossenschaften als Modelle für einen sozial-ökologischen Umbau im ländlichen Raum fungieren können.

Auf Einladung meiner Fraktionskollektin und direkt gewählten Abgeordneten Heidrun Sedlacik war ich vor einigen Wochen erneut in Geroda, nachdem ich diese Agrargenossenschaft im Sommer 2012 zum ersten Mal besichtigt hatte und gerade der Neubau des Stalls für die Kühe begonnen wurde. Nunmehr ist der Stall bezogen, die Biogasanlage in Betrieb genommen und damit ein weiterer großer Fortschritt für Tierwohl und nachhaltige Produktion erreicht.

DIE LINKE betont in ihrer Programmatik, dass ökologische und soziale Fragen nicht voneinander zu trennen sind. Das ist auch in der Landwirtschaft so, dabei spielt die Frage nach dem Eigentum eine zentrale Rolle.

Die forcierte Privatisierung des Bodens der ehemaligen volkseigenen Betriebe durch die BVVG (Bodenverwertungs- und -Verwaltung GmbH) und die steigenden Verkaufs- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen bekommen die Betriebe immer mehr zu spüren. Inzwischen ist das in der öffentlichen Debatte und bei vielen Parteien erkannt. Als jedoch dieses Gesetz im ersten gesamtdeutschen Bundestag beschlossen wurde, hat die PDS als einzige Fraktion konsequent dagegen argumentiert, die anderen haben sich durchweg für Privatisierung ausge-

sprochen. Bei den Umwandlungen der LPG (Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) der DDR war das Land ja in Eigentum der Mitglieder. So konnten in den ostdeutschen Bundesländern die Betriebe in eingetragene Genossenschaften (e.G.) bzw. privatrechtliche Gesellschaften (GmbH, AG) überführt werden, wenngleich es dabei zum Teil unschöne Auseinander-



ne gute Landwirtschaft aussehen soll, differenziert zu führen. Die Chancen der genossenschaftlichen Unternehmensform, in der jedes Mitglied eine Stimme hat, werden mit Blick auf die demokratische Mitbestimmung in den Betrieben oft unterschätzt. Das Prinzip „ein Mitglied, eine Stimme“ wird zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Genossenschaft Geroda wurde 1992 ins

Menschen, angestellt. Die Genossenschaft bewirtschaftet 1500 Hektar, davon sind 270 ha Grünland. Es werden Marktfrüchte, wie Getreide und Raps angebaut, aber auch alle Futtermittel für Kühe, Schweine und Schafe. Auch Eiweißfrüchte, wie Luzerne und Erbsen, werden zunehmend angebaut, um die Eiweißversorgung immer stärker aus dem eigenen Betrieb zu decken.

Die Ställe befinden sich an verschiedenen Standorten, so dass lokal erhöhte Emissionen vermieden werden.

Im neuen luftigen und hellen Kuhstall in Porstendorf stehen 450 Milchkühe. Zusätzlich mästet der Betrieb in anderen Dörfern noch 1500 Schweine und hält 300 Schafe, die



setzungen gab. Oft werden die großen Betriebe unterschiedslos gleichgesetzt. Ohne sich mit Satzungen, Unternehmensgesetzgebung und weiteren Vorschriften auseinanderzusetzen werden nach dem Grundsatz „small is beautiful“ alle großen Betriebsstrukturen verdammt und mit Massentierhaltung und industrialisierter Landwirtschaft gleichgesetzt. Diese Schwarz-Weiß-Malerei scheint einfach, klare Feindbilder sind identifiziert. Dann ist es aber schwierig, die Debatte, wie ei-

Unternehmensregister eingetragen. Sie entstand im Zuge der Umwandlung der LPG Pflanzenproduktion „Wilhelm Pieck“ Triptis, die 1991 aufgeteilt wurde, wobei ein Teil der Flächen der LPG Tierproduktion Geroda zugeschlagen wurde.

Die Agrar- und Dienstleistungsgenossenschaft Geroda e.G. besteht heute aus 42 Genossenschafteatern, wovon 17 auch in der Genossenschaft beschäftigt sind. Zusätzlich sind weitere sechs Mitarbeiter, überwiegend junge

im Sommer auf der Weide sind. Der Tierbesatz des Betriebes liegt bei umgerechnet 2 bis 2,5 Großvieheinheiten pro Hektar. Damit ist das ökologische Kriterium „bodengebundene Tierhaltung“ erfüllt.

Die Biogasanlage der Genossenschaft – 420-kW-Leistung – wird mit Gülle, Mist, Reststoffen und Maissilage beschickt und produziert Strom für den Verkauf und Wärme für den eigenen Betrieb seit Herbst 2013. Alle Reststoffe werden als Dünger auf den Feldern ausgebracht.

In der LPG-Fleischerei werden Wurst- und Fleischwaren hergestellt und zum Großteil im angeschlossenen Laden in Triptis vertrieben, der im kleinen Gaststättenbereich günstig Mittagstisch für Anwohner anbietet. So schließt sich der Kreislauf von Urproduktion, Verarbeitung und Abgabe an die Konsumenten. Die Idee des regionalen Wirtschaftskreislaufes ist weitgehend umgesetzt, die ländliche Region und die Kleinstadt werden gestärkt.

Die eingangs gestellte Frage, ob Agrargenossenschaften als Modelle für einen sozial-ökologischen Umbau fungieren können, kann also durchaus mit ja beantwortet werden. Es zeigt sich anhand dieses Beispiels auch, dass der Streit, der sich nur auf die Größe der Betriebe fixiert, in die Irre führt. Gleichwohl muss es darum gehen, systematische Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft anzuprangern und Verbesserungen durchzusetzen. Immer mehr Menschen wünschen sich eine bessere, faire Nahrungsmittelherstellung. Der ordnungspolitische Rahmen muss verändert werden, Fördermittel müssen gezielt eingesetzt werden. Dazu hat DIE LINKE immer wieder Vorschläge gemacht, verankert auch im Entwurf des Landtagswahlprogramms.

Wieder komplett fehlte der Obst- und Gemüseanbau

Über ihren Besuch mit dem Landtagsausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz auf der Internationalen Grünen Woche berichtete Johanna Scheringer-Wright: Wir hatten ein straffes Programm, nach der Anhörung von Thüringer Bauernverband und Gartenbauverband besuchten wir viele Aussteller aus Thüringen. Ich habe sie alle aufgesucht, auch die, die nicht in der offiziellen Thüringenhalle ausgestellt haben. Dieses Jahr präsentierten zwei Landkreise – Hildburghausen und Altenburg mit der LINKEN Landrätin Michaela Soyka. Auch das Gestüt Meura, der Verband Ferien auf dem Lande, der Saatguthersteller Christensen und Zwiebelzopflechter aus Heldrungen stellten aus.

Die Präsentation begeisterte den Thüringer Minister, es reicht aber meiner Meinung nach nicht, die Umstellung von Blau auf Grün bei der Präsentationsfarbe von Thüringen zu feiern. Die Mehrheit der Aussteller aus Thüringen präsentierte Fleisch- und Wurstwaren (z.B. ThFleiWa, Die Thüringer und Schiller Leinefelde), Bier und andere Spirituosen (z.B. Köstritzer, Neun

Springe und Aromatique). Die Heichelheimer waren mit ihrer breiten Produktpalette aus Kartoffeln vertreten, Altenburger Ziegenkäse wurde angeboten.

Was wieder komplett fehlte, waren der Obst- und Gemüseanbau und dessen Produkte, obwohl Thüringen in diesem Bereich doch auch eine lange Tradition hat, wenngleich die Anbauflä-



chen in Thüringen leider immer mehr zurückgehen. Da hat die Landesregierung wieder eine Chance verpasst und das Bild Thüringens wieder einmal auf das „Bratwurstimage“ verengt. Bei der Eröffnung der Grünen Woche stellte sich auch der neue Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich vor. Dass er

sich immer wieder einschmeicheln wollte beim Bauernstand, war ja noch verständlich, da er ja nicht vom Fach ist. Es wurde deutlich, dass er seine restriktiven Vorstellungen auch in die Agrarpolitik einbringen wird. So stellte er die Bedeutung des Eigentums ebenso in den Mittelpunkt seiner Rede, wie die Heimatverbundenheit der Bauern, da sie schon seit Jahrhunderten auf ihrem Land seien. Dies zeigte den engen Horizont, mit dem Minister Friedrich schon immer Politik machte und dies, ebenso wie sein dreimaliger Gottbezug, ist sicherlich einigen (vor allem ostdeutschen) Zuhörern sauer aufgestoßen.

Als einziges der Thüringer Ausschussmitglieder habe ich auch an der Demonstration für eine bessere Agrarwirtschaft teilgenommen. Da sowohl DIE LINKE Bundestagsfraktion wie auch der Bundesparteivorstand diese Demo unterstützten, war es mir wichtig, unsere teilnehmenden Genossinnen zu verstärken. Fast 40.000 Teilnehmer bildeten ein eindrucksvolles, buntes Bild – trotz oder gerade wegen der unterschiedlichsten Aussagen, die präsentiert wurden.

„Mit Behinderungen zu rechnen“

Neue Ausstellung in der Fraktionsgalerie der LINKEN mit Cartoons von Philipp Hubbe

Lachen ist hier nicht nur erlaubt, bei Philipp Hubbes Cartoons kann man gar nicht anders – und hält doch inne, denn die Bilder seiner Ausstellung „Mit Behinderungen ist zu rechnen“ zeigen die z.T. enormen Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderungen.



Zur Eröffnung der Schau in der Fraktionsgalerie der LINKEN konnte Bodo Ramelow den Künstler persönlich begrüßen. Phil Hubbe ist Cartoonist, Illustrator, Pressezeichner und hat seit zwanzig Jahren Multiple Sklerose. „Seine politischen Cartoons sind bundesweit gefragt, seine Cartoons zu Behinderungen eher weniger“, sagte Maik Nothnagel, Inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Doch die „Behinderten-Cartoons“, wie sie Phil Hubbe selbst bezeichnet, stoßen zunehmend auf Resonanz, dafür stehen die erfolgreichen Ausstellungen (auch bereits im Thüringer Landtag) und Buchveröffentlichungen.

Maik Nothnagel hatte bei der Ausstellungseröffnung Philipp Hubbe gewürdigt und über sein Leben berichtet:

„Erste Veröffentlichungen waren im Magazin Handicap erschienen. Obwohl politische Themen das eigentliche Zuhause des 47-jährigen Cartoonisten

sind (2002 erhielt er den Deutschen Preis für politische Karikatur), liegen ihm Behinderten-Cartoons besonders am Herzen. Phil Hubbe wurde 1966 in Haldensleben (Sachsen-Anhalt) geboren. Die Diagnose MS erhielt er 1988. Der behandelnde Arzt riet ihm, mit dem Zeichnen aufzuhören. 'Vom logi-



schen Standpunkt her war das sicher ein guter Rat', sagt Phil Hubbe. 'Da es mir nach der Kortisontherapie relativ gut ging, zeichnete ich aber weiter.' Er versuchte sich nach abgebrochenem Mathematikstudium u.a. als Schichtarbeiter in einer Keramikfabrik und als Wirtschaftskaufmann. Zeichnen blieb seine Leidenschaft. 1992 gelang ihm der Durchbruch, er bekam Aufträge von Tageszeitungen, Werbeagenturen und gelegentlich sogar von Ministerien.

Phil Hubbe sieht man seine Krankheit nicht an. Trotzdem schränkt ihn die Behinderung ein. Seine ersten Behinderten-Cartoons schickte er an eine Behindertengruppe, weckte ihr Interesse und bekam weitere Anregungen. Der Cartoonist bezeichnet sich als ein Freund des schwarzen britischen Humor und versucht, dies in seinen Karikaturen umzusetzen. Betroffene gehen mit Behinderten-Cartoons völlig

selbstverständlich um. Andere reagieren oft verhalten, wissen nicht, ob sie lachen sollen. So ist es auch bei der Presse.

„Das Leben des Rainer“ oder „Die Lizenz zum Parken“

'Die Schranke im Kopf ist fatal', betont Phil. 'Behinderte wollen wie Nicht-Behinderte behandelt werden, man darf also auch über sie lachen.' 2004 erschien das erste Buch mit Behinderten-Karikaturen unter dem Titel ‚Der Stuhl des Manitou‘. Den mühsamen Weg zu diesem Buch beschreibt Phil Hubbe sehr anschaulich: 'Ich habe beim Lappan-Verlag zwei Jahre lang angeklopft. Die Zeichnungen lagen über ein Jahr dort, ehe sich etwas tat. Und dann dauerte es noch mal gut ein Jahr bis zur Veröffentlichung.' Das Buch war ein Erfolg, 2006 wurde das zweite Buch mit dem Titel ‚Der letzte Mohikaner‘ veröffentlicht. Im gleichen Jahr wurde Hubbe mit dem Hertie-Preis für Engagement und Selbsthilfe ausgezeichnet.

2009 erschien ‚Das Leben des Rainer‘ und 2011 ‚Der Stein des Sisyphos‘. Seine bisher letzte Buchveröffentlichung in der Reihe ‚Behinderten Cartoons‘ ist der Band ‚Die Lizenz zum Parken‘. Nicht unerwähnt sollen die Handicaps-Kalender sein, die seit 2007 von ihm herausgegeben werden.

Phil Hubbe hat es geschafft. Er geht seiner Lieblingsbeschäftigung nach. Er zeichnet zu aktuellen Themen aus Politik, Umwelt, Wirtschaft, Sozialem und zum Thema Behinderung. Er hat offensichtlich Spaß am Leben. Und er macht anderen Mut. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Symbolik

Dass es sich bei der SPD um eine westdeutsch dominierte Partei handelt, ist keine überraschende Erkenntnis. Die Besetzung von Führungsgremien und Regierungsämtern spricht eine deutliche Sprache.

Langsam dämmert das sogar einigen ostdeutschen Funktionären. Christoph Matschie, dem SPD-Landesvorsitzenden in Thüringen, fällt „eine heftige Debatte aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen“ auch in der SPD auf, bei der es um Finanzmittel für Ostdeutschland gehe. Matschies sächsischer Amtskollege Martin Dulig hat ebenfalls etwas gemerkt: man müsse „sogar viel stärker Ostinteressen auch innerhalb der SPD einbringen“. Und das „nicht aus einem Minderwertigkeitskomplex heraus“, sondern selbstbewusst.

Im Vorfeld des SPD-Bundesparteitags zur Wahl der Kandidaten für die Europawahl brachen die Konflikte massiv auf. Große westliche Landesverbände wie Nordrhein-Westfalen wollten alle vorderen Listenplätze besetzen. Da musste Sigmar Gabriel das Gewicht des Vorsitzenden für einen faden Kompromiss in die Waagschale werfen: fünf Ost-Kandidaten kommen unter die ersten 26 Plätze, die - warum auch immer - als „aussichtsreich“ gelten (bisher entsendet die SPD 23 Abgeordnete).

Auf einem wirklich guten Platz findet sich nur Sylvia-Yvonne Kaufmann wieder. Das 2009 zur SPD übergetretene ehemalige PDS-Vorstandsmitglied musste aus Gründen der Symbolik auf 10 gesetzt werden, hatte Gabriel doch gleich auch einen Hauptgegner bei der Wahl mitgeliefert: „Antieuropäer“, nämlich „Linkspopulisten und Linksradi-kale“. Auf die selbstbewusste Reaktion von Matschie und Dulig, in deren Gefilden 2014 auch Landtagswahlen stattfinden, darf man gespannt sein. Zudem sollte SPD-Wahlkampfleiter Matthias Machnig etwas besser auf seine Kontobewegungen achten als jüngst in Thüringen. ■

Wo sonst die Abgeordneten sitzen

Mit einer besonderen Führung begann für die Mitglieder des Blinden- und Sehbehindertenverbandes aus dem Eichsfeld ein Besuch auf Einladung der Landtagsabgeordneten Dr. Johanna Scheringer-Wright (DIE LINKE) im Thüringer Landtag. Roland Büttner vom Besucherdienst empfing die Gäste direkt im Plenarsaal. Die Sehgeschädigten, unter ihnen auch einige Mitglieder der Linkspartei aus dem Eichsfeld und dem Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e. V., durften ausnahmsweise einmal dort Platz nehmen, wo sonst nur die Abgeordneten sitzen. Von dort lauschten sie den Ausführungen über die Arbeitsweise und die Sitzverteilung im Parlament. Herr Büttner informierte auch darüber, dass Plenarsitzungen im Internet übertragen werden. Und jeder Bürger habe das Recht, sich einzeln oder in der Gemeinschaft mündlich oder schriftlich an den Bürgerbeauftragten des Freistaates Thüringen zu wenden. Dazu erhielten die Gäste aus dem Eichsfeld ein Faltblatt mit weiteren Informationen. Auch der Petitionsausschuss sei ein wichtiges Instrument, um sich mit einer Bitte oder Beschwerde an die Volksvertretung zu wenden.

Zu einer Gesprächsrunde trafen sich dann die Gäste im Sitzungssaal „Käte Dunker“ der LINKEN. Neben Dr. Johanna Scheringer-Wright nahm auch Karola Stange, gleichstellungs- und behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion, teil. Gesprochen wurde über die Ergebnisse der Bundestagswahl und deren möglichen Auswirkungen für die Bürger. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Barrierefreiheit für Behinderte im öffentlichen Raum. Das Landesblindengeld als Nachteilsausgleich ist nach Ansicht der Vertreter des Blinden- und Sehbehindertenverbandes immer noch zu niedrig. Sie wünschen sich einen angemessenen Betrag und Unterstützung beim Kampf um eine Erhöhung.

Im vergangenen Jahr war auch eine Gruppe Blinder und Sehbehinderter aus dem Eichsfeld auf Einladung von Gabi Zimmer, DIE LINKE, im französischen Strasbourg, wo sie auf der Besuchertribüne eine Sitzung des EU-Parlaments verfolgen konnten.

Silke Senge



IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.